

Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und IJelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Postverl. Ort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amstisches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptverl. Ort: Bocholt, Marktstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengeld 8 Pfg., Mellempreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 339

Sonntag, den 9. Dezember 1934

Jahrgang 1934

Die Südafrikanische Union.

Die innerpolitische Entwicklung.

Von

Aug. H. Berning.

Seit der Südafrika-Akte vom 20. September 1909, die am 31. Mai 1910 in Kraft getreten ist, bilden die vier ehemaligen englischen Kolonien Kapland, Natal, Transvaal und Oranienfreestaat das Dominion Südafrikanische Union, einen britischen Bundesstaat, dessen Provinzen sie sind. Die Dominions sind nach der Interpretation der britischen Reichskonferenz von 1926 mit Großbritannien die Bundesglieder des britischen Weltreichs, innerhalb der „Commonwealth of British Nations“ autonome Staatswesen, in keiner Weise das eine dem andern untergeordnet, wenigstens geeint durch gemeinsame Lebensregeln gegenüber der Krone und frei miteinander verbunden als Mitglieder des Bundes britischer Staaten. Durch den Dominionsstatus sind die Forderungen der im Burenkrieg an der Jahrhundertwende von den Engländern unterworfenen Buren weitgehend erfüllt worden. Die Südafrikanische Union hat sogar das Recht erhalten, aus dem britischen Reich auszutreten. England konnte dieser Entwicklung in Südafrika leichter als in Irland Raum geben, da die Union wirtschaftlich noch lange auf Zusammenarbeit mit England angewiesen ist. Sodann drängt die ungelöste Klassenfrage die Union immer wieder an die Seite Englands, das zudem die Union mit den Protektorate Transvaal, Swaziland und Basutoland, sowie mit der Kronkolonie Rhodesien umklammert hält.

Der nationalistische Führer General Herkog möchte die genannten Protektorate für die Südafrikanische Union in Besitz nehmen. Von England her ist ein Widerstand gegen diesen Plan erhoben worden. Doch dürfte sich ihm Rhodesien lebhaft widersetzen. Innerhalb der Union stößt Herkog's Absicht, die Protektorate einzuverleiben, auf ähnlichen Widerstand wie die Annexion der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika, die als Mandatsgebiet der Union unterstellt wurde. Manche Südafrikaner befürchten durch die Einbeziehung der Protektorate eine Verstärkung der Eingeborenenfront und damit der rassenpolitischen Schwierigkeiten. Auf der anderen Seite wehren sich die europäischen Siedler wie auch die Eingeborenen gegen die Verschmelzung, von der sie sich wirtschaftlich und politisch nichts Günstiges versprechen.

Das Südafrikanische Parlament hat zwei Kammern. Die erste Kammer, der Senat, setzt sich aus 40 über 30 Jahre alten Mitgliedern zusammen, von denen acht der Generalgouverneur, der Stellvertreter des englischen Königs, ernannt, und je acht vom Provinzialrat jeder der vier Provinzen auf zehn Jahre gewählt werden. Die zweite Kammer ist der Volksrat, der 148 über 21 Jahre alte, im Verhältnis zur Volksmenge der Provinzen auf fünf Jahre unmittelbar gewählte Mitglieder zählt. Wahlberechtigt sind alle über 21 Jahre alten männlichen und weiblichen Staatsbürger von europäischer Abstammung. Das Wahlrecht der Eingeborenen, über das unten Näheres gesagt wird, ist starken Einschränkungen unterworfen. Vom Vertreten des Volksrats sind die vom Generalgouverneur ernannten Minister abhängig. Das Parlament tagt in Kapstadt, während Regierungsjahr Pretoria, die alte Hauptstadt Transvaals, ist.

Bei den letzten Wahlen konnten die von General Herkog geführten Nationalisten 78 Sitze mit 145 000 Stimmen erobern, während die von General Smuts geleitete Südafrikanische Partei mit über 156 000 Stimmen auf Grund des die ländlichen Bezirke des Nordens begünstigenden Wahlrechts nur 61 Sitze auf sich vereinigen konnte. Diese beiden Parteien haben sich in jüngster Zeit zur Vereinigten Südafrikanischen Partei zusammengeschlossen. Zu ihrem Führer wurde auf dem Kongress in Bloemfontein General Herkog gewählt, der bei dieser Gelegenheit eine Rede hielt, in der er sagte, jetzt seien die Voraussetzungen für den Ausbau einer südafrikanischen Nation geschaffen, die der Achtung der Außenwelt wert sein werde. General Smuts erklärte, die Anwesenden wählten nicht nur der Geburt einer großen Partei, sondern auch einer großen Nation bei. Die Verschmelzung der beiden Parteien ist dadurch ermöglicht worden, daß die Südafrikanische Partei Zugeständnisse in der Landwirtschaftspolitik und der Besteuerung der Goldbergwerke gemacht hat, während die Nationalisten das bestehende Verhältnis Südafrikas zum britischen Weltreich bestätigt haben. Die viel und heftig erörterte Frage der Errichtung einer selbständigen Republik verschwindet damit vorläufig aus dem Bereich praktischer politischer Probleme. Die Opposition gegenüber der Vereinigten Partei setzt sich aus drei Gruppen zusammen, und zwar 1. der nationalistischen Gruppe unter Führung von Dr. Malan, die an dem Ideal einer Republik festhält, 2. der Dominions-Partei, die aus Extremisten der Südafrikanischen Partei besteht und für eine engere Verbindung mit dem britischen Commonwealth ist und 3. der Arbeiterpartei.

Die Arbeiterpartei, die in zwei Gruppen gespalten ist, erhielt bei den letzten Wahlen nur acht Sitze. Hatte sie einmal vorübergehend durch den Pakt von 1924

etwas größere Bedeutung, so hat sie heute ihr Ansehen und ihren Einfluß durch innere Streitigkeiten eingebüßt. Für die innerpolitische Lage war der genannte Pakt äußerst charakteristisch. Er bedeutete das Zusammengehen der nationalistischen bürlichen Farmer mit den Arbeitern, die zwar wirtschaftlich eine radikale Lohnpolitik gegen die meist in englischer Hand befindlichen Gold- und Diamantenminen betreiben, rassenpolitisch aber mit den Buren gegen jede soziale

Emanzipation der Eingeborenen einig sind. Die Interessen der britischen Siedler in Südafrika wurden ursprünglich von der Unionistischen Partei vertreten, deren bekanntester Führer L. S. Jameson war und die den Burenkrieg veranlaßten.

Die Buren sammelten sich zunächst in der Südafrikanischen Partei. Diese entstand aus dem African-

Die Saartuppe unter britischem Oberbefehl.

Keine Beteiligung der Schweiz.

DNB London, 8. Dezember.

Ueber die Vorbereitungen zur Bildung einer internationalen Sicherheitstruppe für das Saargebiet meldet der Genfer Berichterstatter der „Times“: Der Völkerbundsrat hat keine direkten Einladungen ergoßen lassen. Aber die britische Regierung hat sich privatim an die italienische, niederländische, schwedische und nachträglich auch an die Schweizer Regierung gewandt. Die Zustimmung der italienischen Regierung ist bereits gegeben worden. Die Schweizer Regierung hat die Entsendung von Truppen abgelehnt.

Es verlautet, daß der Oberbefehl einem britischen Offizier anvertraut werden wird, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Die britische Regierung ist Urheberin des Planes; 2. der Vorkommando der Regierungskommission, Knox, ist ein Engländer, und es ist zweckmäßig, daß der militärische Oberbefehlshaber die gleiche Nationalität hat; 3. es wird erwartet, daß Großbritannien das stärkste Kontingent sendet, nämlich zwei Bataillone, während die anderen Mächte je ein Bataillon entsenden sollen.

Am Heiligabend Gaststätten-schluss um 17 Uhr

NdJ Berlin, 9. Dezember.

Zwischen der Zentralverwaltung des Reichsheimatverbandes des deutschen Gaststättengewerbes und dem stellvertretenden Reichsjahrgruppenleiter Sander ist vereinbart worden, daß grundsätzlich allen Angestellten Gelegenheit gegeben werden soll, das Weihnachtsfest in der Familie zu feiern. Deshalb sollen die Betriebe nach Möglichkeit am Heiligabend um 17 Uhr schließen. Wo ein Bedürfnis zum Offenhalten über 17 Uhr hinaus vorhanden ist, sind Ausnahmen mit Genehmigung der Gewerkschaften des Reichsheimatverbandes zulässig. In diesen Fällen sollen unverheiratete Arbeitnehmer zur Dienstleistung herangezogen werden. Der Reichsheimatverband teilt gleichzeitig mit, daß Kundengeschenke anlässlich des Weihnachts- oder Silvestertages unzulässig seien, soweit sie in dem Geschäftszweig ausgeprochen unbillig sind. Ihre Gewährung könne unter Umständen

Ueber die Urheberschaft des Planes berichtet der Korrespondent, er sei schon vor einiger Zeit von der ganzen britischen Regierung auf einer der regelmäßigen Kabinettsitzungen angenommen worden. Der ganze Schritt sei daher durchaus britischen Ursprungs. Eben habe bei seiner Ankunft in Genf den Plan in der Tasche gehabt und sei ermächtigt gewesen, ihn den anderen interessierten Regierungen vorzulegen, wenn es sich zeigen sollte, daß die Lage im Saargebiet dies notwendig mache. Wenige Stunden nach seiner Anwesenheit in Genf und besonders in einer Unterredung mit Knox habe sich der Vordirektorbewahrer von der dringenden Notwendigkeit überzeugt, den Plan vorzulegen.

Der Grund für die schweizerische Ablehnung.

DNB Bern, 8. Dez.

Die schweizerische Depeschagentur teilt mit: Entgegen anderslautenden Berichten erhielt die schweizerische Regierung keine offizielle Aufforderung aus Genf zur Beteiligung an der Saarpolizei. Dagegen wurde von englischer Seite in diesem Sinne angefragt. Der Bundesrat hat keinen Entscheid getroffen. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß die schweizerische Staatsverfassung eine Entsendung von Truppen nicht zuläßt.

Stapellauf eines kleinen Kreuzers in Kiel.

Eine neue „Nürnberg.“

DNB Kiel, 8. Dezember.

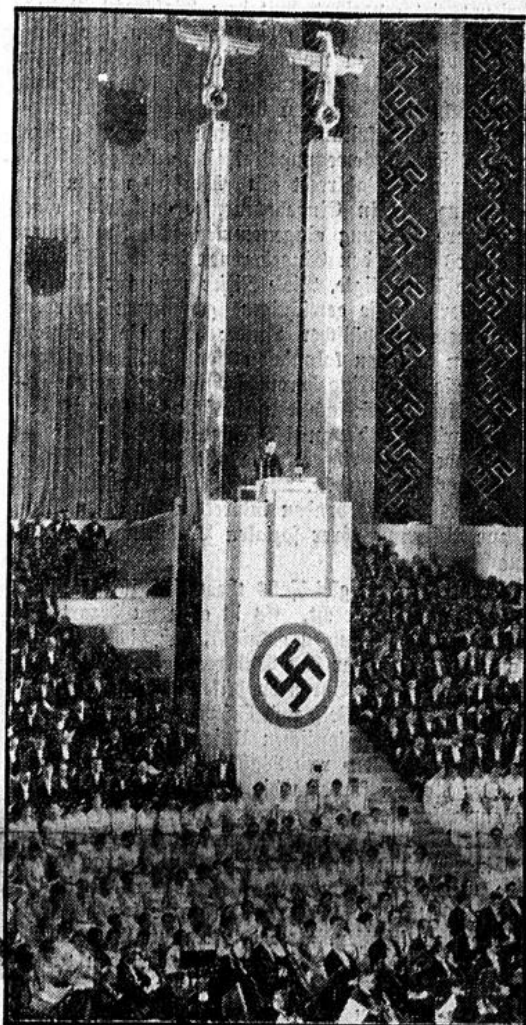
In Anwesenheit des Chefs der Marineleitung Admiral Dr. h. c. Raeder, des Reichsstatthalters von Bayern, General von Epp, des Gauleiters von Franken, Julius Streicher, und anderer hervorragender Persönlichkeiten lief Sonnabend mittag auf den Deutschen Werken in Kiel ein neuer kleiner Kreuzer der Reichsmarine vom Stapel. Das Schiff wurde von der Gattin des in der Falllandinschlagung gefallenen Kapitän zur See von Schönberg auf den Namen „Nürnberg“ getauft. Die Taufrede hielt der Oberbürgermeister von Nürnberg, Oberführer Liebel.

Athen feierte ein 100jähriges Jubiläum.



Die Stadt Athen feierte in diesen Tagen ihr 100jähriges Jubiläum als Regierungs- und Hauptstadt des damals neu errichteten Staates Griechenland. Vor 100 Jahren lag ein Mittelstader als König Otto I. von Griechenland feierlich in Athen ein und erhob diese uralte Stadt, das Zentrum des klassischen Hellenas, zur Hauptstadt seines neuen Königreichs. Aus diesem Anlaß wurden in Athen große Feiern veranstaltet. Die Staatsfeierlichkeit fand vor dem Theseus-Tempel statt. Der Präsident der jetzigen Republik Griechenland, Jannis, sowie das gesamte Ministerium neben zahlreichen anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nahmen an dieser Feier teil. Unser Bild zeigt die Feier vor den alten Säulen des Theseus-Tempels.

der Bond des Kaplandes, der gegenüber den Engländern eine mittlere, verjüngende Stellung annahm, und den ähnlich gewonnenen gemäßigten Elementen des Nordens. Die Südafrikanische Partei, die für ein autonomes Südafrika im Rahmen des britischen Weltreichs eintrat und, wie bereits bemerkt, jetzt mit der Partei Herkog's verschmolzen worden ist, führte seit 1919



Reichspropagandaminister Dr. Goebbels bei seiner großen kulturpolitischen Rückschau.

Die Reichskulturkammer veranstaltete am Donnerstagabend im Berliner Sportpalast eine gewaltige Kundgebung aus Anlaß der Eröffnung der Reichskulturkammer vor einem Jahre. Der Kienraum war für diesen Abend in einer bezaubernden und feierlichen Weise geschmückt worden. Dr. Goebbels legte in seiner großen Rede die Richtlinien des kulturellen Schaffens im nationalsozialistischen Staat eingehend dar. Unser Bild zeigt den Reichspropagandaminister während seiner Rede.

General Smuts, der bei uns durch seine unvoreingenommene, objektive Beurteilung der deutschen Verhältnisse bekannt geworden ist. Smuts setzte die von Louis Botha eingeleitete Verständigung zwischen den britischen und bürlichen Elementen fort, mit dem Erfolg, daß 1921 sich die Unionistische Partei nebst ihrem Führer Sir Thomas Smuts mit der Südafrikanischen Partei vereinigte. Schon 1913 hatten die englandsfeindlichen Buren sich von ihr getrennt und unter der Führung von General Herkog die Nationalistische Partei begründet, die sich anfangs sehr radikal gebärdete und die gängliche Unabhängigkeit der Union vom britischen Weltreich forderte. Gelangte General Herkog 1924 mit Hilfe der Arbeiter an die Macht, so errang er 1929 über Smuts einen vollkommenen Sieg. Die Nationalisten führten einen scharfen Kampf gegen die Eingeborenen. Bis vor kurzem hofften sie jedenfalls noch Südafrika für die weiße Vorherrschaft retten und die Eingeborenen in eine kulturelle, wirtschaftliche und territoriale „Segregation“ (Absonderung) zurückdrängen zu können. Herkog hat auf Kosten der Eingeborenen eine hochprozentige wirtschaftliche Protektionspolitik getrieben. Für die Befähigung der sogenannten „armen Weißen“, des europäischen Proletariats, durch die staatlichen Verwaltungsorganisationen hat er viel Geld aufgewandt. Am Ende stand der Zusammenbruch seiner Währungs- und Wirtschaftspolitik, die entgegen der Entwicklung in England an dem Goldstandard festhalten wollte. Als die Farmer hiergegen Front machten und sich mit den Bergwerksinteressen verbündeten, mußte Herkog den Kurs ändern, denn mit den Farmern drohte ihm die Grundlage seiner politischen Position verloren zu gehen. Das Ergebnis der über eine Verfassungsrevision führenden Entwicklung ist der Ausgleich zwischen General Smuts und General Herkog und die bis zur Fusion geführte Annäherung der beiden gegnerischen Parteigruppen. Smuts ist heute — allerdings war es schon vor der Parteiverschmelzung gekommen — mit seinem ehemaligen erbitterten Gegner Herkog in einem Kabinett zusammen. Dieser politische Ausgleich war umso überraschender als die Südafrikanische Partei in der Eingeborenenfrage eine wesentlich andere Haltung einnahm.

UPUNKT



schönste auf
abentisch:
ein Radio-
-st's gar
laupunkt".
wird die
achtsfreude
elt geöß!
Sie die 5 bunten
unkt-Hefte!



U. für drahtlose Telefonie
USBDRO ESSEN. (60.8)

Wollen Sie etwas
was mieten,
pachten oder
kaufen?
Haben Sie etwas
zu verkaufen?
Bedienen Sie sich
der
Klein-Anzeigen
in der
Zeno-Zeitung.

Volkaufmann
Kenntnis u. leicht.
de. gute Ersch. lang.
i. all. kaufm. Fra.
Besieb. i. Weltfalen
i. luchi (6037)

Wiederholungs-
Zeno-Anzeigen
Veröffentlichungen
der Größe:

3 Veröffentlichungen 3
6 12
12 24
24 48
48 96
96 192
192 384
384 768
768 1536
1536 3072

als die Nationalisten. Die Südafrikanische Partei betrachtet die Eingeborenen nicht als rassistisch minderwertig, sondern als kulturell minderentwickelt. Die Eingeborenen sollten unvermischelt ihre aus dem eigenen Volkstum sich ergebende Entwicklung durchmachen und zu kultureller und wirtschaftlicher Mündigkeit geführt werden, um dann mit den Weißen zu einer geordneten Zusammenarbeit zu gelangen. Dem System der Segregation stellte die Südafrikanische Partei das der Kooperation entgegen. Die von dem Missionar Bridgman ins Leben gerufene Joint Council-Bewegung, die die außerordentlich starken Rassengegensätze zu mildern sucht, wurde hauptsächlich von Mitgliedern der Südafrikanischen Partei getragen. In den größeren Städten der Union sind Councils, Arbeitsgemeinschaften mit führenden intellektuell gebildeten Eingeborenenmitgliedern, begründet worden. Dort werden kulturelle und soziale Fragen erörtert, und es ergeben sich für die politisch ausgeschalteten Eingeborenen Möglichkeiten, Beschwerden vorzutragen und Schwierigkeiten zu diskutieren. Mit Hilfe des amerikanischen Phelps-Stokes-Fund wurde 1929 das South African Institute of Race Relations begründet, das sich der Klärung von Rassenproblemen widmet.

Die Eingeborenen in der Südafrikanischen Union sind politisch ohne direkten Einfluß; denn es können keine Neger in das Bundesparlament gewählt werden. Das aktive Wahlrecht für die Eingeborenen ist sehr eingeschränkt. Wahlberechtigt ist ein Eingeborener nur, wenn er über ein Arbeitseinkommen von £ 50 jährlich und über ein Immobilienvermögen von mindestens £ 75 verfügt. Mit dem Wahlrecht ist das Recht verbunden, außerhalb der Lokationen, der Eingeborenenquartiere zu wohnen, die Tram-Bahnen zu benutzen und Alkohol zu genießen. Aus dem Gesagten geht schon hervor, daß dem breiten Eingeborenenelement in der Südafrikanischen Union große Beschränkungen in seiner Bewegungsfreiheit auferlegt sind. Dieses begrenzte Wahlrecht gilt überdies nur in der Kap-Provinz, die in Eingeborenenfragen stets eine weißere Stellung eingenommen hat. Im Jahre 1929 gab es unter den Eingeborenen der Kap-Provinz 16 000 Wahlberechtigte. Diese Ziffer muß für Südafrika als ein europäisches Land; denn die gesamten Wahlziffern sind den kolonialen Verhältnissen entsprechend niedrig. Die Eingeborenenstimmen geben in manchen Wahlkreisen vielfach den Ausschlag. So ist berechnet worden, daß von 148 Abgeordneten zwölf — natürlich weiße — Abgeordnete mit Hilfe der Eingeborenen gewählt wurden. Die Eingeborenen versuchen den hieraus sich ergebenden indirekten schwachen Einfluß zur Besserung ihrer sozialen Verhältnisse geltend zu machen.

In Natal besteht gleichfalls theoretisch für die Eingeborenen ein Wahlrecht. Es ist aber an derart fast unüberwindliche Bedingungen geknüpft, daß bis 1929 nur ein einziger Schwarzer das Wahlrecht erlangen konnte. In den ehemaligen Burenrepubliken herrscht strengste Scheidung zwischen Weiß und Schwarz. Das Zustandekommen der Südafrikanischen Union 1910 drohte anfangs an der Rassen- und Wahlrechtsfrage zu scheitern. Der Norden forderte die Beseitigung des Eingeborenenwahlrechtes, während das Kapland daran festhielt. Die Eingeborenen gelang es, daß bis 1929 nur ein einziger Schwarzer das Wahlrecht erlangen konnte. In den ehemaligen Burenrepubliken herrscht strengste Scheidung zwischen Weiß und Schwarz. Das Zustandekommen der Südafrikanischen Union 1910 drohte anfangs an der Rassen- und Wahlrechtsfrage zu scheitern. Der Norden forderte die Beseitigung des Eingeborenenwahlrechtes, während das Kapland daran festhielt. Die Eingeborenen gelang es, daß bis 1929 nur ein einziger Schwarzer das Wahlrecht erlangen konnte.

Die eigene politische und wirtschaftliche Organisation der in die Industrie und in die städtische Zivilisation hineingezogenen Eingeborenen ist über erste Versuche noch nicht hinausgekommen. Die Ursache liegt einmal an dem gänzlichen Führermangel, sodann an der kammereisigen und sprachlichen Verschiedenheit der eingeborenen Arbeiter, die ja keine politische Ein-

Die Piste der säumigen Steuerzahler droht.

Wichtiger Fristablauf am 31. Dezember.

Berlin, 8. Dezember.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Fritz Reinhardt macht, wie das RfZ meldet, darauf aufmerksam, daß am 31. Dezember 1934 sich ein sehr wichtiger Fristablauf vollzieht. Der Steuerpflichtige mußte die vor dem 1. Januar 1935 fälligen Steuerzahlungen, auch diejenigen, die erst im Dezember 1934 fällig werden, bis zum 31. Dezember 1934 entrichten, wenn er vermeiden will, in die Liste der säumigen Steuerzahler aufgenommen zu werden. Der Steuerpflichtige muß also auch die am 10. Dezember 1934 fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer und auf die Umsatzsteuer bis spätestens 31. Dezember 1934 entrichten haben, auch dann, wenn wegen dieser Zahlungen bis Ende Dezember 1934 noch keinerlei Mahnung erfolgt sein sollte. Wenn ein Steuerpflichtiger glaube, daß es ihm finanziell unmöglich sein werde, alle Reichssteuerzahlungen, die vor dem 1. Januar 1935 fällig sind, vor diesem Zeitpunkt rest-

los zu entrichten, so empfehle es sich, wegen des Restes Stundung zu beantragen; denn ein Betrag gelte, solange er gekündet ist, nicht als rückständig im Sinne der Liste der säumigen Steuerzahler. Es genüge jedoch nicht, daß der Antrag auf Stundung einer vor dem 1. Januar 1935 fälligen Zahlung bis spätestens 31. Dezember 1934 beim Finanzamt eingebracht wird, sondern der Steuerpflichtige müsse den Bescheid, durch den das Finanzamt die Stundung ausspricht, spätestens am 31. Dezember 1934 erhalten haben. Es sei insbesondere erforderlich, daß der Antrag auf Stundung rechtzeitig gestellt wird. Die Stundung sei nicht ohne weiteres, sondern nur insoweit zu gewähren, wie sie nach den Grundsätzen von Billigkeit und Zweckmäßigkeit im Rahmen der allgemeinen Interessen des Volksganges vertretbar sei. Der Staatssekretär macht noch darauf aufmerksam, daß die Steuerpflichtigen es im Jahre 1935 hinsichtlich einer fälligen Zahlung oder Vorauszahlung nicht zu einer zweimaligen Mahnung kommen lassen dürfen, wenn sie die Herauszahlung auf die Liste der säumigen Zahler vermeiden wollen.

Die Abschaffung des Kartensystems in der Sowjetunion.

Erhöhung der Löhne erforderlich geworden.

DNB Moskau, 8. Dezember.

Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat eine Verordnung veröffentlicht, durch die die Durchführung der für den 1. Januar 1935 vorgesehenen Abschaffung des Kartensystems für Brot, Mehl und Graupen eingehend geregelt wird. Die Verordnung soll eine allseitige Entlastung des Handels mit den genannten Erzeugnissen in den Staats- und Genossenschaftsläden herbeiführen. Anstelle der jetzigen hohen Preise für die im freien Handel erhältlichen Waren werden einheitliche staatliche Kleinhandelspreise geschaffen, die möglichst niedrig gehalten sind und nach acht Zonen festgesetzt werden. Die neue Preisfestsetzung erstreckt sich außer auf Brot, Mehl und Graupen auch auf Rindfleisch, Schweinefleisch, Reis, Hafer und Kleie. Da die Abschaffung der doppelten Preise und die Festsetzung eines einheitlichen staatlichen Kleinhandelspreises für Brot eine gewisse Preissteigerung im Vergleich zu den bisher bestehenden normierten Preisen mit sich bringt, sieht die Verordnung eine entsprechende Erhöhung der Löhne, Gehälter, Pensionen und Stipendien für Studenten vor, die für das Jahr 1935 insgesamt 4,2 Milliarden Rubel ausmacht. Durch die Verordnung wird auch die bisherige Regelung, wonach alle die Personen, die zur Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verpflichtet waren, mit Brot zu normierten Preisen beliefert wurden, aufgehoben. Zum Ausgleich werden dafür die Erzeugerpreise für alle landwirtschaftlichen Rohstoffe, darunter auch für Getreide und Getreide, nach dem Erzeugungsort gestaffelt, erhöht. Die Preise für das an den Staat abzuliefernde Getreide erfahren vom Jahre 1935 an eine Erhöhung von 10 v. H., während die Preise für das Getreide, das der Staat und die Genossenschaften auf dem freien Markt aufkaufen, um 20 v. H. erhöht werden.

heit bilden. Hauptgrund ist die noch zu geringe Verwurzelung der Eingeborenen in der europäischen Zivilisation. Sie sehen sich in kürzester Zeit vor Entwicklungen gestellt, für die andere Völker Jahrhunderte lang Zeit zur Verfügung hatten, um sich in die neue Lage hineinzugewöhnen. Zum allergrößten Teil bleiben die von den Bergwerks-Gesellschaften angeworbenen Arbeiter innerhalb ihres Sippen- und Dorfverbandes, was für ihre geistige und sittliche Entwicklung noch das Beste ist. Sie haben daher keine wirtschaftlichen Interessen im Sinne der europäischen Arbeiter, die sich zur Verbesserung ihrer sozialen Lage organisieren. Die an den Kral gebundenen Eingeborenen bleiben bei ihrem Geschlechts- und Dorfkommunismus. So sind die sozialen und politischen Eingeborenengruppierungen

Die Verordnung schreibt ferner eine Erweiterung des Kleinhandelspreises vor. Bis zum 1. Februar 1935 sollen 10 300 neue Brotläden eingerichtet werden. Die Leistungsfähigkeit der Brotfabriken und Bäckereien soll bis zum gleichen Zeitpunkt um eine Tageserzeugung von 10 750 Tonne gesteigert werden.

Im Zusammenhang mit der Einstellung der Löhne der Arbeiter zu normierten Staatspreisen erhöht die Verordnung vom 1. Januar 1935 ab die Beiträge der Fuhrleute, die in den Kollektivwirtschaften mit zum Betriebe gehörenden Pferden arbeiten. Die gleiche Vergütung genießen Fuhrleute und Einzelpersonen, die vertragsmäßig mit eigenen Pferden beim Holzschlag, beim Torfabbau und in Goldgewinnungsbetrieben arbeiten. Für diese Lohnsteigerungen werden 533,8 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt.

Die örtlichen Sowjetbehörden sowie die Handelsorganisationen sind auf Grund der Verordnung verpflichtet, unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten den Verkauf der mannigfachen Brotsorten und das unterbrochene Arbeiten des Kleinhandelsnetzes sicherzustellen. Das Volkswirtschaftsministerium ist angewiesen, alle Versuche von Spekulanten und Wiederverkäufern, die Abschaffung des Kartensystems zu Spekulationszwecken auszunutzen, energisch zu bekämpfen.

Die neuen Lebensmittelpreise.

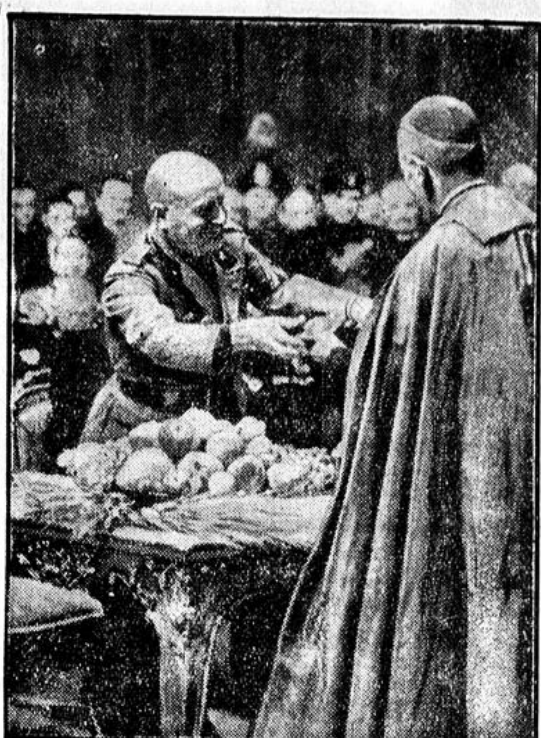
DNB Moskau, 8. Dez.

Die Regierung der Sowjetunion hat auf Grund der Verordnung des Rates der Volkskommissare folgende Lebensmittelpreise ab 1. Januar 1935 festgelegt: Weizen 5,50 bis 5,50, Gerste 5,50 bis 5,50, Roggen 5,50 bis 5,50, Hafer 5,50 bis 5,50, Reis 9,00 bis 10,00, Linen 3,00 bis 4,40, und weiße Bohnen 4,80 bis 6,40 Rubel. Weiter wurde angeordnet, daß an jede Person täglich nicht mehr als 2 1/2 kg Brot und 1 kg Mehl verabreicht werden dürfen, da man befürchtete, daß nach Abschaffung des Kartensystems große Spekulationen einzeln würden. In einigen Bezirken ist der Verkauf des Brotes ohne gleichzeitige Abnahme von Mehl nicht gestattet.

vielfach auf die entwürdeten Elemente angewiesen, die sich in den Westküsten, den Slums, anstehenden, welche die südafrikanischen Großstädte im Kranz umgeben.

Aus dem Protest gegen das Botha'sche Landgesetz, das den Eingeborenen den Ankauf von Land nur in bestimmten Distrikten gestattete, kam eine nationale Konvention zustande, die sich unter der Führung von D. D. T. Jabavu, dem geistig bedeutendsten Führer der Neger, zum African National Congress weiterbildete. Die Vereinigung der Eingeborenenwähler des Kaplandes verteidigt das bedrohte Wahlrecht, die Vantun-Union die kulturellen und politischen Interessen. Die Gewerkschaft der eingeborenen Arbeiter ist die J. C. U. (Industrial and Commercial Workers Union of Africa, Arbeiterunion). Das schwebende sichere Aushalten des eingeborenen Gewerkschaftsführers Clements Kadane verführte die Amsterdamer 2. Internationale, die Eingeborenenbewegung aufzunehmen. Mitwirkende und Untere des Kadane führte dann aber zum Zusammenbruch der Gewerkschaft, die sich ähnlich ihren europäischen marxistischen Vorbildern mehrfach spalteten. Die europäischen Gewerkschaftsorganisationen in Südafrika nehmen keine eingeborenen Mitglieder auf. Die südafrikanischen Föderationen des Kaplandes sind allerdings gegenüber den farbigen (meist Indern) entgegenkommender als die nördlichen Organisationen.

Die Südafrikanische Union zählte 1926 1 676 600 Europäer, heute wohl 1,8 Millionen; 4 697 800 Bantus, heute 5,5 Millionen; 165 700 Afrikaner, heute etwa 190 000; 545 500 Mischlinge, heute gegen 600 000. Ueber die Bevölkerungsbewegung sind von dem Unterstaatssekretär des Arbeitsministeriums der Union, C. W. Gouffins, äußerst pessimistische Betrachtungen angestellt worden. Er sieht die schwarze Überflutung Südafrikas kommen. Während sich zwischen 1891 und 1921 die Weißen einschließlich der Einwanderer nur um 0,5 Millionen vermehrten, vermehrte sich die eingeborene Bevölkerung um 2,6 Millionen. In 50 Jahren wird die Union unter gleichen Voraussetzungen 6 1/2 Millionen Weiße und 16 1/2 Millionen Schwarze zählen, bei nur 3 v. H. Einwanderung aus dem Hinterlande 24 Millionen Schwarze. Die weiße Bevölkerung würde dann ohne Einwanderung nur 4 Millionen zählen. Wegen dieser allgütigen „Schwarzseherei“ wandte sich der südafrikanische Senator Roberts, der auf die große Kindersterblichkeit und die Seuchen unter den Eingeborenen hinwies. Er rechnet damit, daß auch die Eingeborenen dem mörderischen Gesetz der Großstadt, der



Mussolini ehrt die Sieger der „Kornschlacht“.

Alljährlich findet in Rom die Auszeichnung erfolgreicher Getreideanbauer und Obstzüchter statt. Die diesjährige Feier wurde im Argentina-Theater in Rom wurde von dem Ministerpräsidenten persönlich eröffnet. Den Ersten Preis überreichte er einem Prälaten des Vatikans.

Sterilität, verfallen und errechnet ab 1947 eine gleichbleibende Eingeborenenziffer von 6,3 Millionen.

Die angeschnittenen Fragen deuten schon auf die Problematik der innenpolitischen Situation der Südafrikanischen Union. Zu den wirtschaftlichen, sozialen, politischen Schwierigkeiten gesellen sich die Rassenprobleme. Die Union steht vor der Entscheidung: Betrachten sie den Schwarzen nur als physische Arbeitskraft oder als ein geistig und sozial entwicklungsfähiges Element? Will die Union nur Rohstoffland sein oder ein Land, das eine eigene Produktion aufbaut, das für den Absatz und für eine auslandsfähige Handelspolitik eine sozial gehobene, für den Konsum geeignete Bevölkerung nötig hat? Auf diese sozialen und rassenpolitischen Fragen wird in einem zweiten Aufsatz ausführlicher eingegangen sein.

Doch ein neuer Friedensplan Mussolinis.

DNB London, 8. Dezember.

Das Abendblatt „Star“ spricht trotz des kürzlichen italienischen Dementis von einem neuen Friedensplan Mussolinis, der in einem gegenseitigen Nichtangriffspakt für ganz Europa bestehe. Der diplomatische Mitarbeiter des Blattes hält eine solche Entwicklung für bedeutsam, da die Ansicht bestehe, daß der französische Plan eines Disarmamentes scheitern werde. Mussolinis Plan werde umfassen: einen allgemeinen europäischen gegenseitigen Nichtangriffspakt, einen Plan für politische Beratungen zwischen allen Nationen, ein Netzwerk von Vergleichsabmachungen zwischen zwei Nationen sowie vielleicht eine Klausel, die sich mit europäischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit befaßt.

Kesselexplosion in einer nordfranzösischen Brauerei.

Drei Tote.

DNB Paris, 8. Dezember.

In einer Bierbrauerei in Carignan bei Sedan explodierte am Freitag ein Kessel. Unter dem ungeheuren Krach stürzte das Kesselhaus ein. Zwei Arbeiter, die auf dem Dach des Hauses beschäftigt waren, und der Heizer, der sich unmittelbar neben dem Kessel befand, wurden auf der Stelle getötet. Der Brauereibesitzer wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Betrügerischer Emigrant in Barcelona verhaftet.

DNB Paris, 8. Dezember.

Die Polizei in Barcelona verhaftete am Freitag einen angeblichen deutschen Staatsangehörigen Friedrich Schirck, der einen 30 000 Pfund Sterling betragenden Koffer mit sich führte. Der Verhaftete, der sich als Emigrant bezeichnen soll, lockte den Schmudwarenhändler nach Barcelona und taute ihm dort Waren in der oben genannten Höhe ab, die er mit Schecks auf eine Wiener Bank „bezahlt“. Die Schecks waren natürlich ungedeckt, weshalb die Wiener Gerichtsbehörden die Verhaftung des Betrügers beantragten.

Drei englische Jungens aus Bunkinghamshire scheinen im Begriff zu sein, Baummenschen zu werden. Seit vollen sechs Monaten leben sie in einer Laubhütte, die sie auf einer großen Eiche erbaut haben. Sie gehen zwar wie andere Jungens zur Schule und nehmen ihre Mahlzeiten zu Hause bei den Eltern ein, aber ihr ganzes übriges Leben spielt sich in den Wipfeln der Bäume ab. Sie haben eine geradezu affenartige Behendigkeit im Klettern erworben und sie haben erklärt, daß sie auch während des Winters das Baumleben nicht aufgeben wollen.

Wetterbericht.

Essen, 8. Dezember.

Vorherige für Sonntag: Kalte Bewölkung, Zunahme, schon Samstag nachmittags beginnender Regen, der bei aufsteigenden, südlichen Winden und zunehmenden Temperaturen auch Sonntag anhalten wird.

Vorherige für Montag: Wenig Veränderung der Wetterlage.

Ein neues amerikanisches Wunderkind.

Mit 7 Jahren klüger als Darwin.

New York, im Dezember.

New York hat eine neue Sensation: den siebenjährigen Wunderknaben A., der durch seinen Verstand, seine Gelehrtheit und Psychologen in Erstaunen setzt. Seine Eltern, die bisher niemanden etwas über die unglaublichen geistigen Fähigkeiten des Kindes gesagt hatten, um nicht ein „Wunderkind“ aus ihm zu machen, haben den Knaben jetzt in eine Kinderklinik eingeliefert.

Der Name des Knaben wurde nicht bekanntgegeben; es wird nur unter dem Buchstaben A. von ihm berichtet. Seine körperliche Entwicklung ist völlig normal. Doch sein Geist steht nicht nur auf der Entwicklungsstufe eines Erwachsenen; der Wunderknabe entwickelt eine Intelligenz, die nur von wenigen Menschen erreicht wird. Die Wissenschaftler, unter deren Kontrolle er jetzt lebt, erklären, daß das Wunderkind ernsthaft mit ihnen über komplizierte wissenschaftliche Probleme diskutiert und dabei ein fundiertes Wissen an den Tag legt. Sein besonderes Interesse gehört der Astronomie. Der siebenjährige Knabe kennt sämtliche Sternbilder und ist mit Leichtigkeit schwierige arithmetische Aufgaben.

Zur Feststellung der allgemeinen Intelligenz unterzog man ihn der Prüfung, die seit etwa hundert Jahren in Amerika bei der Einstellung von Rekruten durchgeführt wird. Je nach dem Grad der Genauigkeit werden die Antworten auf genau festgelegte Fragen nach Ziffern bewertet. Im Durchschnitt erreichen die Rekruten dabei die

Zahl 50. Der berühmte Naturforscher Darwin unterwarf sich vor 75 Jahren dieser Prüfung und brachte es auf die Ziffer 186. Das Wunderkind A. schnitt mit 196 ab, einer Zahl, die noch nie einer der zwanzigjährigen Rekruten erreicht hat.

Aus alter und neuer Zeit ist eine ganze Anzahl von ähnlichen Fällen geistiger Frühreife historisch beglaubigt. Leider sind fast alle Wunderkinder sehr früh gestorben. Eine freihausartige geistige Entwicklung muß als ein ausgesprochen krankhafter Zustand angesehen werden. Eines der berühmtesten Wunderkinder war Christian Heinke, der im Jahre 1721 in Dänemark geboren wurde. Er konnte mit 17 Monaten sämtliche Zahlen der Weltgeschichte auswendig, mit drei Jahren las er lateinische Bücher und mit fünf Jahren — war er tot. Ebenfalls im Jahre 1721 in Schwabach in Franken kam das Wunderkind Bonaventura zur Welt. Mit drei Jahren konnte dieses Kind lesen mit fünf Jahren befehligen es drei Sprachen und mit zehn Jahren bezog es die Universität. Der junge Mann starb mit 15 Jahren wie ein Greis aus und starb im zwanzigsten Lebensjahr unter typischen Alterserscheinungen.

Das berühmteste Wunderkind aller Zeiten war ohne Zweifel Wolfgang Amadeus Mozart, der mit vier Jahren Klavierspielen durch sein Klavierspiel entzückte, zwei Jahre später schon drei Instrumente virtuos beherrschte und mit 13 Jahren Konzertmeister war. Er war das einzige Wunderkind, das auch später nicht enttäuschte. Doch auch seine Laufbahn war mit 35 Jahren schon beendet.

Heute sind die Geschäfte geöffnet!

Stadt Bocholt.

Sonntag, den 9. Dezember 1934.

Eine edle Frau ging heim.

Am Freitag wurde Frau Witwe Arens zur letzten Ruhe getragen. Ihr Name steht mit silbernen Lettern auf der im Verwaltungsgebäude befindlichen Ehrentafel für Wohlfahrtspfleger. Mehr fünfundsiebenzig Jahre brachte Frau Arens als Wohlfahrtspflegerin der Stadt Bocholt den Bedürftigen durch Rat und Tat Hilfe. Viele von diesen haben sie mit der letzten Ruhe geleitet. Sie werden mit den Verwandten und den zahlreichen Bekannten ihr Andenken in Ehren halten.

Tag der nationalen Solidarität.

Im Zeichen der roten Büchse mit den blauen Streifen.

Der gefeierte 8. Dezember stand im Zeichen der roten Büchse mit dem blauen Band, das die Aufschrift trug: „Tag der nationalen Solidarität“. Wie in allen Städten und Dörfern des Deutschen Reiches die Spitzen der Partei und der Behörden, die Vertreter der freien Berufe und sonstige prominente Personen sich für das Winterhilfswerk zur Verfügung stellten, so war es auch in Bocholt und Umgebung. Am Morgen gingen Mitglieder der HJ und des BDM mit Eilen heran und heimten gar manchen Großen für das W.H.W. ein. Die Prominenten gingen von Haus zu Haus und am Abend von Wirtschaft zu Wirtschaft und baten um eine Gabe für die notleidenden Mitbürger.

Der Tag war ein herrliches Zeugnis der deutschen Volksgemeinschaft. Allen Zweifeln und Vorklammern, die immer noch des Beweises bedürfen, hat das Beispiel gezeigt, daß die Worte der Volksgemeinschaft, die wir so oft aus dem Munde der Führenden hören, nicht eitel Schall und Rauch sind, sondern Wille und Tat. Den stärksten Eindruck aber hat der Tag der nationalen Solidarität bei denen hinterlassen, die es unmittelbar angeht, zu deren Unterbringung der Tag in ins Wert gesetzt war — bei den Armen, denen es an Mitteln zum Kampf gegen Hunger und Kälte gebricht, bei den Alten, die nicht mehr durch ihren Fleiß die nötigen Mittel für ihren Lebensunterhalt erwerben können, bei den Arbeitern, die das erfolgreiche Arbeitsleistungswert des Führers bisher noch nicht an ihren Werkplatz setzen konnte, bei den Tausenden anderer Volksgenossen, die ohne fremde Hilfe den Unbilden der kalten Jahreszeit schloslos preisgegeben wären. — Soßen wir, daß dem Tag der nationalen Solidarität in Bocholt und Umgebung ein Erfolg beschieden war, der sich sehen lassen kann.

Das verdient Nachahmung!

Die F. S. Hammerstein Aktien-Gesellschaft

hat ihren Geschäftsjahresabschluss, soweit diese auf Grund der Jahresabschlussrechnung vorliegt, arbeiten, im großen Umfang Beispielen für Kartoffelverkauf gewährt, wobei die sozialen Verhältnisse der einzelnen Arbeiter besonders berücksichtigt wurden. Insgesamt handelt es sich um rund 20.000 Mark, wovon ein entsprechender Anteil auf die Gefolgschaft des hiesigen Betriebes entfällt. — Außerdem wird den Gefolgschaftsmitgliedern die verkürzte Arbeitszeit und Wohnungen der Firma innehaben, während der Dauer der eingeschränkten Arbeitszeit ein erheblicher Lohnzuschlag gewährt.

Der Hausierer als Dieb.

Eine Hausfrau an der Dinsperloer Straße machte gestern morgen große Augen, als sie feststellte, daß ihre Geldbörse, die sie für kurze Zeit auf die Fensterbank an der Hofseite gelegt hatte verschwunden war, was um so peinlicher war, als sich darin etwa 20 Mark befanden, mit denen sie Einkäufe machen wollte. Wahrscheinlich hat ein Hausierer sich das Geld angeeignet. Trotzdem man sich mit Fahrrädern auf die Suche nach dem Dieb begab, war er nirgends mehr aufzufinden.

Verdächtiger Mann festgenommen.

In der Nacht zum Samstag gegen 2 Uhr stellten Polizeibeamte vor einer Wirtschaft an der Königsstraße einen etwa 20 Jahre alten Mann von auswärts, der auf seinem Fahrrad einen Sack Kartoffeln bei sich führte. Da er über die Herkunft der Kartoffeln keine rechte Auskunft geben konnte, wurde er einweilen in Polizeigewahrsam gebracht. Bei seiner näheren Untersuchung kamen allerlei interessante Gegenstände wie Schlüssel, Dietrich, Stemmeln und dergleichen zutage, so daß die Vermutung nicht unangebracht ist, daß man es hier mit einem Gauner größeren Formats zu tun hat. Der Fall dürfte durch die eingeleitete Untersuchung aufgeklärt werden.

Von der Leiter gefallen.

Ein an der Dingdener Straße wohnender Arbeiter namens F. fiel beim Schneiden eines Baumes so unglücklich, daß er sich das Fußgelenk brach und wohl längere Zeit das Bett hüten muß.

Der Brieftaubenverein „Segler der Lüfte“

steht im Vereinslokal Rütten an der Wertheimerstraße seine Siegereisen aus. Es handelt sich um eine Schlagausstellung mit je 4 Stück, die außerordentlich gut beschaffen ist und vorzügliches Material aufweist, wie die Prämierung zeigt, die bereits erfolgt ist. Die Reihenfolge der Preisrichter ist folgende: 1. Heinrich Leubing (87 Punkte), 2. Emil Sprid (87 Punkte), 3. Theodor Went (84 Punkte), 4. Ernst Rile (80 Punkte), 5. Franz Gehrig (80 Punkte), 6. Josef Tembrof (80 Punkte), 7. Wilhelm Tenhagen (80 Punkte), 8. Josef Werich (79 Punkte), 9. Hermann Liedtge (77 Punkte), 10. Wils. Schnulze (76 Punkte), 11. Fritz Sprid (75 Punkte), 12. Karl Stump (71 Punkte). Die Ausstellung verdient die Aufmerksamkeit aller Brieftaubenzüchter.

Der Gemeinderat trat zusammen.

Vier Beigeordnete. — Haushaltsplan nicht überschritten. — Bessere Wohnverhältnisse auf dem Hochfeld. — Förderung der Bautätigkeit.

Am Donnerstag trat unter dem Vorsitz des kommissarischen Oberbürgermeisters Brochhoff wiederum der Gemeinderat der Stadt Bocholt zusammen, um über schwebende Gemeindeangelegenheiten zu beraten. Die Sitzung des Gemeinderats fand im Konferenzzimmer des Gymnasiums statt, weil der Beratung eine Vertagung des Gymnasiums voranging.

Zu Beginn der Beratungen stimmte der Gemeinderat einer Sitzung über die

Zahl der Beigeordneten

der Stadt Bocholt zu. Die Zahl der Beigeordneten ist auf vier festgelegt. Davon ist die erste Stelle nach dem Gemeindeverfassungsgesetz vom 15. Dezember 1933 eine hauptamtliche mit der Amtsbezeichnung „Bürgermeister“. Die nächsten drei Stellen werden ehrenamtlich verwaltet. Die Inhaber führen die Bezeichnung Stadtrat. — Sodann befaßte sich der Gemeinderat mit dem Bericht über die

Abwicklung des Haushaltsplanes.

der zur Sicherung des Haushaltsausgleichs und zur Erleichterung der Kommunalverwaltung auf Grund des § 43 des Gemeindeverfassungsgesetzes aufgestellt werden muß. Der Bericht, der bereits der Aufsichtsbehörde eingereicht ist, läßt erkennen, daß die im vergangenen Halbjahr aufkommenen Einnahmen und die geleisteten Ausgaben dem Haushaltsplan, der ja nur eine planvolle Aufgliederung der Einnahmen und Ausgaben enthält, entsprechen. Hervorzuheben ist, daß nach den Bestimmungen über die Reichswohlfahrtshilfe infolge der Einreichung zahlreicher anerkannter Wohlfahrtswerke in den Arbeitsprozeß die im Haushaltsplan angelegte Staatszuschwendung für die Wohlfahrtshilfe entfiel. Der Verlust wird jedoch durch den Rückgang der Wohlfahrtsausgaben, wiederum veranlaßt durch die Schrumpfung der Zahl der Unterhütten, ausgeglichen. Eine Nachtragsabrechnung, die in den vergangenen Jahren vielfach aufgestellt werden mußte, ist in diesem Jahre nicht notwendig. Es sind nur einige geringfügige Nachbesserungen erfolgt.

Für Fortbildung der Beamten.

Der Reichsminister des Innern hat durch Erlass vom 29. Dezember 1933 und die weiteren Erlässe vom 27. April 1934 und 16. Juni 1934 angeordnet, daß die Beamten mit Eingangsstellung 10 an aufwärts, die zur Beherrschung einer Kunst- oder Wissenschaft dienlich sind, verpflichtet sind, sofern sie am 1. Oktober 1934 das 38. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bis zum 1. April 1935 die Kenntnis der Deutschen Kunst- oder Wissenschaft der Einheitsschrift beherrschen, wird in Verbindung mit dem Bocholter Verein für Einheitsschrift ein Lehrgang für Einheitsschrift eingerichtet. Den Unterricht erteilt ein staatlich geprüfter Lehrer. Der Gemeinderat stimmte der Übernahme der Lehrgangskosten — außer den Vermitteln, die von den Unterrichtsteilnehmern zu tragen sind — zu. Im Haushaltsplan waren bisher für diese außergewöhnliche Ausgabe Mittel nicht angelegt.

Raum für Feuerwehrgeräte.

Im Verwaltungsgebäude Kavardstraße bestand bisher kein allgemein zugänglicher Fahrradhand. Das Publikum mußte die Fahrräder an den Außenwänden des Verwaltungsgebäudes und des Nachbarhauses aufstellen. Die Fahrräder waren draußen nicht genügend geschützt und zudem jeglicher Witterung ausgesetzt. Zum Teil wurden die Fahrräder mit in das Verwaltungsgebäude genommen, worunter Türen und Wände erheblich litten. Es mußte daher ein Zugang zum Innenhof geschaffen werden. Dies konnte nur unter Räumung der bisher von der Feuerwehr benutzten Durchfahrt zur Gartenstraße hin ermöglicht werden. Die Feuerwehrgeräte sind nunmehr in einem Räume im Hintergebäude des Hauses Kavardstraße 35 untergebracht. Die für die Herrichtung des Gebäudes aufgewendete Summe von 450 RM. wurde nachgewiesen.

Neu- und Ausbau von Unterhütten und Isolierung der Holzbaracken auf dem Hochfeld.

Die noch für Notwohnungen vorhandenen Mittel sollen zum Neu- und Ausbau von Unterhütten und zur Isolierung der Holzbaracken auf dem Hochfeld verwendet werden.

wandt werden. Die Isolierung der Holzbaracken ist notwendig. Bereits in den Vorjahren wurde von den Bewohnern der Holzbaracken auf dem Hochfeld über ungenügende Wärmeabfuhr geklagt. Wenn auch durch zusätzliche Kohlenlieferung versucht wurde, dem Unbehagen abzuhelfen, so kann durchgreifende Hilfe den Bewohnern nur durch Anbringung einer Isolierung der Außenwände gebracht werden. Die Isolierung soll mit einer Leichtplatte im Innern der Räume auf die Außenwände angebracht werden, nachdem Dachlatten zur Erzielung einer weiteren Luftschicht unterlegt sind. Es ist zu erwarten, daß hierdurch eine gute Wärmeabfuhr innerhalb der Räume erreicht wird. Der Gemeinderat ist mit der Durchführung der Maßnahmen einverstanden. Wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit sollen die vorgesehenen Maßnahmen umgehend durchgeführt werden. — Sodann befaßte sich der Gemeinderat mit dem Voranschlag der

Verwaltungsstellen für die Stadtparisse

für das Jahr 1934. Der Voranschlag entspricht nach Sinn und Zweck im großen und ganzen dem gemeindlichen Haushaltsplan, dessen Zweckbestimmung bereits dargelegt wurde. Während der Haushaltsplan nach dem Gemeindeverfassungsgesetz für die Zeit vom 1. April des laufenden Jahres bis zum 31. März des kommenden Jahres aufgestellt wird, beginnt der Voranschlag der Stadtparisse entsprechend dem Aufbau der Stadtparisse nach kaufmännischen Grundsätzen mit dem 1. Januar und schließt mit dem 31. Dezember eines jeden Jahres. Der Voranschlag steht gegenüber dem vorjährigen Voranschlag Einparungen vor. Er wird nunmehr gemäß § 13 der Stadtparissenordnung vom 2. Juli 1934 der Aufsichtsbehörde vorgelegt.

Des weiteren schloß sich der Gemeinderat dem Voranschlag des Kuratoriums der

Textilindustrie

an, würdige, begabte und mündigere Schüler, soweit ihre Leistungen nach Urteil des Lehrkollegiums den Anforderungen der Schule entsprechen, freizustellen. Die Schulgeldermäßigungen sollen 10 Prozent des gesamten jährlichen Schulgeldaufkommens nicht übersteigen. Dieser Betrag soll von Ostern 1935 ab bei der Aufstellung des Haushaltsplanes von dem Schulgelde aufkommen abgezogen werden. — Dann befaßte sich der Gemeinderat mit Maßnahmen zur

Förderung der Bautätigkeit

im Stadtgebiet. Die Stadt Bocholt wird, um eine allgemeine Senkung der Preise für Baugrundstücke zu erreichen, die Kaufpreise für die städtischen Grundstücke auf der Reduktion herabsetzen. Ferner ist die Stadt Bocholt bereit, dem Bocholter Bauverein zur Errichtung von Wohnungen an der Hofstraße 27 a im Hinblick auf den gemeinnützigen Zweck des Bauvorhabens zu ermäßigten Preisen zu überlassen.

Zum Schluß wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

- a) Der Firma Witte Messing A.-G., Bocholt, wird die Anbaugenehmigung zur Errichtung von vier Wohnungen an der Hofstraße, Haus Nr. 16, 18, 20 und 22 erteilt. Die Anbaugenehmigung ist an die Voraussetzung geknüpft, daß

1. die auf das gesamte Baugrundstück entfallenden Straßenbaukosten vor Erteilung des Baufreigabes bezahlt werden;
 2. daß das in die Baufreigabefläche fallende Gebäude der Stadt Bocholt kostenlos und lastenfrei überlassen wird;
 3. daß der nach den Bauplänen beabsichtigte Neubau von vier Wohnungen auch reiflos zur Ausführung kommt.
- b) Dem Schreinermeister Gerhard Buning wird die Anbaugenehmigung zur Errichtung eines Wohnhauses in der Hofstraße unter den zu a) niedergelegten Bedingungen erteilt. Das Wohnhaus wird auf einem Grundstück errichtet, welches von der Stadt Bocholt angekauft ist.
- Abweisung fand der Antrag eines Hausbesizers an der Hofstraße um Genehmigung eines Umbaus über die Hofstraße. Grundtätigkeit wurde festgestellt, daß bei Um- und Ausbauten an der ganzen Hofstraße die Bauten in die Hofstraße, wie es in den letzten Jahren bei verschiedenen Umbauten geschehen ist, einrücken müssen.

Die Wirtschaftslage am Niederrhein

im Monat November 1934.

Im allgemeinen nicht wesentlich geändert.

Bericht der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage im Bezirk hat sich im Monat November trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit, im ganzen gesehen, nicht wesentlich geändert. Dank der konjunkturellen Festigung, die in der Gesamtlage der deutschen Wirtschaft auf Grund der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu verzeichnen ist, hielt sich die saisonmäßig bedingte Abwärtsentwicklung in wichtigen Industriezweigen größtenteils in ziemlich engen Grenzen. Das Geschäft auf den Auslandsmärkten gestaltete sich im allgemeinen infolge der bekannten Umstände sehr ruhig, wenn es auch der Maschinenindustrie gelang, einige größere Aufträge herbeizuführen, desgl. im Kompositionsbereich der Eisenwarenindustrie. Im Steinkohlenbergbau war eine Belebung des Abzuges vor allem in Unterhütten und Hausbrandkohlen festzustellen, jedoch die Gesamtabnahme als bedauernd zu bezeichnen.

Bei der Grobwarenindustrie erwies sich der Inlandsmarkt trotz leichter saisonmäßiger Abwärtsentwicklung noch immer sehr widerstandsfähig im Vergleich zu früheren Jahren. In der Rheinisch-Westfälischen Industrie hat die im Vormonat gemeldete Belebung auch im Berichtsmontat weiter angehalten, da der nach einer geringfügigen Steigerung wieder hart rückgängige Wasserstand und die durch häufige Nebelbildung bedingten längeren Schleppzeiten der Röhre eine beträchtliche Nachfrage nach Feuerrohr hervorriefen; die Preisen waren fest und zogen in der zweiten Monatshälfte nicht unerheblich an. In der Geschäftslage

der Zinn- und Zinkhüttenindustrie, der chemischen Industrie, der Tabakindustrie und der Margarineindustrie sind keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Die Farbenindustrie sowie die chemisch-pharmazeutische Industrie waren im allgemeinen gut beschäftigt. Im großen und ganzen befriedigend gestaltete sich auch die Lage in der elektrotechnischen Industrie, der Industrie der feuerfesten Steine, der Klee- und Sandindustrie, der Maschinenindustrie und bei den Schiffswerften.

Dagegen zeigte sich die saisonmäßig bedingte Abwärtsentwicklung auf dem Baumarkt und auf dem Holzmarkt. Auch im Brauereibereich und im Mineralwasserhandel war der Abzug der früheren Jahreszeit entsprechend weiter rückgängig. In der Textilindustrie stand die Beschäftigungslage weiterhin unter dem Einfluß der Rohstoffverknappung. Das Druckergewerbe hatte einen erhöhten Auftragseingang zu verzeichnen. Im Einzelhandel war das Geschäft im allgemeinen still, das erwartete Weihnachtsgeschäft hat noch keine Belebung gebracht.

Keine Besserung in der Textilindustrie.

Die aus dem Bericht der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel über die Wirtschaftslage am Niederrhein im Monat November hervorgeht, hat die Beschäftigungslage in der Bocholter

Textilindustrie, die weiter im Zeichen der Auswirkungen der Rohstoffverknappung stand, auch im Monat November keine Besserung erfahren.

Zweig- und Ortsstelle der Handelskammer in Bocholt.

Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel unterhält in Bocholt eine Zweigstelle sowie eine Ortsstelle der Einzelhandelsvertretung. Die Zweigstelle steht unter Leitung des Geschäftsführers Dr. jur. Jos. Schwarz, Münsterstraße 11, 2755 u. 2820. Die Ortsstelle der Einzelhandelsvertretung wird geleitet von Heinrich Thiehoff.

Die Zweigstellen der Kammer haben die Aufgabe, den Firmen in den vom Sitz der Geschäftsführung weiter abliegenden Bezirken bei der Ausstellung von Beglaubigungen, Bescheinigungen von Urprungszeugnissen usw. zur Verfügung zu stehen, die besonderen Wünschen der Gewerbetreibenden des Zweigstellenbezirks für die Arbeiten der Kammer zu sammeln, zu prüfen und bei der Kammer zu vertreten, wobei es den Firmen freigestellt ist, sich mit ihren Anliegen an die Zweigstelle oder Hauptgeschäftsstelle der Kammer zu wenden. Eine unmittelbare Beratung der Firmen durch die Zweigstellen erfolgt zwar nicht. Sie haben aber die innere Verbindung der vom Sitz der Kammer weiter abgelegenen Bezirke mit der Gesamtkammer herzustellen.

Die Ortsstellen der auf Grund des Gesetzes vom 28. 12. 1933 eingerichteten Einzelhandelsvertretung der Kammer haben die Spezialaufgabe der Beratung der Einzelhändler des Ortsstellenbezirks, der Erteilung von mündlichen Auskünften an diese, der Entgegennahme von Wünschen der letzteren und deren Weiterleitung an die Kammer. Diese Tätigkeit erstreckt sich außer auf Einzelhändler, zu denen auch die Gast- und Schankwirte gehören, auch auf alle Wiederverkäufer außerhalb des Einzelhandels, d. h. alle Gewerbetreibende, die weder in der Handelsrolle noch im Handelsregister eingetragen sind, bislang der Kammer nicht angehört und nunmehr aber auf Grund des eben genannten Gesetzes ihr angegliedert sind. Die Ortsstellen der Einzelhandelsvertretung dienen also der besonderen Betreuung dieser Kreise, die hiermit aufgefordert werden, davon regen Gebrauch zu machen.

Die Wirksamkeit der eingangs erwähnten Zweigstellen der Kammer wird durch die Ortsstellen der Einzelhandelsvertretung nicht berührt. In den Aufgaben und in der Zuständigkeit der letzteren hat sich nichts geändert. Die Einrichtung beider entpricht dem Wunsch der Kammer, mit jedem einzelnen Teil ihres ausgedehnten Bezirks in möglichst lebendiger Beziehung zu stehen.

W. Feststellung und Einweisung einer Grob- Jugendherberge in der Rhön. In Gersfeld, einem an der Wasserteile der Rhön gelegenen Orte findet am 2. Dezember 1934 im Beisein hoher Partei- und Behördenvertreter, die Einweisung der schon seit langen Jahren geplanten Jugendherberge statt. Nach der Übernahme des Jugendherbergswertes durch die Hitler-Jugend ist diese Planung als erste Aufgabe des Gaues Main-Rhein-Lahn-Fulda e. V. im Reichsverband für deutsche Jugendherbergen in Angriff genommen worden. Die rasche Verwirklichung des Baues ist durch das große Entgegenkommen der Stadt Gersfeld, die die Grundstücke zur Verfügung stellte und durch die Einführung der Schulpfennigsammlung für das Jugendherbergswert ermöglicht worden.

Aus der Umgegend.

Werth

— Nikolausfeier der NS Frauenkraft. Am Donnerstag veranstaltete die hiesige Ortsgruppe der NS Frauenkraft eine Nikolausfeier, zu der die Mitglieder mit ihren Kindern vollständig erschienen waren. Nach herzlichen Begrüßungsworten der Amtseiterin Frau Wagner erschien der Hl. Mann, der etwa 50 Kinder reich beglückte. Die strahlenden Kindertroupen dürften dank genug gewesen sein für die Spielgaben und Leckereien aller Art, die sie aus der Hand des Hl. Mannes empfingen.

Wertherbruch

Reeres Gerede. In den letzten Wochen wurde hier vielfach das Gerücht verbreitet, der Lufthausverlehr von hier nach Wesel würde eingestellt werden. Wie uns nun auf Anfrage von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, handelt es sich dabei nur um ein leeres Gerede. Vor kurzer Zeit sind Verhandlungen geführt worden dahin, daß mit einer Einstellung der Linie vorläufig nicht gerechnet werden braucht. Für die Allgemeinheit wäre es auch sehr bedauerlich, wenn diese einzige Verkehrsverbindung in der Gegend aufhört. Im allgemeinen Interesse ist es daher erforderlich, daß von dieser Einstellung aber auch möglichst Gebrauch gemacht wird. Es gibt nämlich immer noch Leute, die lieber eine Stunde zur nächsten Bahnstation spazieren, obwohl bei Lösung einer Rückfahrkarte im Autobus, die drei Tage Gültigkeit hat, eine bedeutende Preisermäßigung eintritt.

Kammern

Am Jungbauernring. Im Saale Schmidt am Bahnhof fand eine Versammlung des Jungbauernrings, Abteilung 1 des Reichsnährlandes (Landjugend) statt. Vg. Schlabes jun. begrüßte in seiner Eigenschaft als Ortsfachberater die Erschienenen. Als erstes wurde die Niederschrift der letzten Versammlung verlesen und genehmigt. Dann erinnerte er daran, daß es Pflicht eines jeden Jungbauern ist, nach besten Kräften und Können mitzuhelfen am Aufbau unseres deutschen Vaterlandes, so wie unser Führer Adolf Hitler es will. Wer nicht mithilft, werde als Saboteur betrachtet und entsprechend behandelt werden. Er machte ferner bekannt, daß der Jungbauernring ausblicklich 64 Mitglieder hätte, wovon gut ein Drittel organisiert ist. Alle diejenigen, welche noch nicht organisiert seien und es werden wollten, hätten sich bis spätestens Sonntag mittags, den 9. Dezember, bei ihren Ortsleitern zu melden, andernfalls sie abgemeldet werden müßten. Kreisabteilungsleiter Stemmingshoff (Brünen) äußerte sich in ähnlichem Sinne und erklärte zum Schluß, wie der Reichsnährland vom Vg. Darré ins Leben gerufen sei. Eine Einladung zur Feier des 25jährigen Bestehens der Bäuerlichen Werkschule in Brünen wurde bekanntgegeben.

